KURTH: Thüringens Wirtschaftsminister hinkt mit seinen Forderungen der Realität hinterher

KURTH: Thüringens Wirtschaftsminister hinkt mit seinen Forderungen der Realität hinterher

BERLIN. Zur Forderung von Thüringens Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD), der Bund solle mehr in den neuen Bundesländern investieren, erklärt der Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion für den Aufbau Ost, Patrick KURTH:
Thüringens Wirtschaftsminister hinkt mit seinen Forderungen der Realität meilenweit hinterher. Mit dem Programm "Zwanzig20 - Partnerschaft für Innovation" hat die Bundesregierung unlängst beschlossen, die Regionalförderung der ostdeutschen Länder auf den Ausbau und Aufbau auch international attraktiver Forschungsstandorte zu konzentrieren. Hier arbeiten Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam daran, innovative Produkte und damit zukunftsträchtige Arbeitsplätze zu schaffen. Bis 2019 stellt der Bund 500 Millionen Euro für den Ausbau von Forschungskooperationen zur Verfügung. Damit die Maßnahme aber nicht verpufft, sind jetzt vor allem auch die betroffenen Länder gefragt, ihren Beitrag zu leisten, um den Auf- und Ausbau langfristig tragender Forschungsstrukturen und die Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft in den mitteldeutschen Bundesländern zu etablieren. Mit dem Programm zeigt die Bundesregierung, dass sie die Zeichen der Zeit erkannt hat: weg von der Förderung nach dem Gießkannenprinzip, hin zu einer gezielten und nachhaltigen Förderung vorhandener Potentiale. Wie die FDP-Bundestagsfraktion schon länger betont hat, ist das dringendste noch vorhandene ostspezifische Problem nicht die fehlende Innovationsfähigkeit, sondern die strukturelle Kleinteiligkeit, die eine noch intensivere Forschung und Entwicklung erschwert. Mit der jetzt geplanten vielseitigen Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen wird genau am richtigen Hebel angesetzt, damit die vorhandenen Potentiale optimal ausgenutzt und die Wettbewerbsfähigkeit auch nach dem Auslaufen des Solidarpakts im Jahre 2019 sichergestellt wird. "Stärken stärken" lautet hier die Devise.
Wer jetzt noch stärkere Investitionen fordert, muss auch sagen, woher die finanziellen Mittel dafür stammen sollen. Gerade für die neuen Bundesländer stellt die Ko-Finanzierung von Bundesprogrammen eine nicht zu unterschätzende Herausforderung dar.

Kontakt:
FDP
Thomas-Dehler-Haus, Reinhardtstrasse 14
10117 Berlin
Telefon: 030 - 28 49 58 43
Telefax: 030 - 28 49 58 42
Mail: presse@fdp.de
URL: http://www.fdp.de <img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=506367" width="1" height="1">

Pressekontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Firmenkontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Eine Geschichte als Herausforderung.Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt.Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet.Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeits- staatliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger.Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.